

22.03.2022 18:03 Uhr

Landtag: Meißen braucht Entlastung vom Lkw-Durchgangsverkehr

Der Petitionsausschuss hat sich mit Einwendungen von Bürgern gegen den Plossen-Ausbau befasst – und fordert die Stadt zum Handeln auf.



Die Haarnadelkurve zeigt das Problem: Der Plossenanstieg muss vom Lkw-Verkehr entlastet werden. © Claudia Hübschmann

Von Harald Daßler

4 Min. Lesedauer

Meißen. Das wird die Stadtverwaltung nicht ignorieren können, was an diesem Mittwochabend während der 46. Plenarsitzung des Sächsischen Landtages zur Sprache kommt. Unter Punkt 14 sieht die Tagesordnung Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen vor. [Die 136 Seiten umfassende Drucksache](#) dazu, die bereits im Internet veröffentlicht ist, befasst sich auch mit zwei Sammelpetitionen aus Meißen zum Ausbau der S 177 im Bereich des Plossenanstieges. Darin geht es vor allem darum, welche Folgen dieses umfangreiche und teure Bauvorhaben, das sich noch in der Planungsphase befindet, für die Stadt und ihre Bewohner hat.

In seiner ausführlichen Stellungnahme kommt der Petitionsausschuss zu dem Schluss, „dass die Baumaßnahme aus Gründen der Verkehrssicherheit und der Barrierefreiheit in der geplanten Art und Weise erfolgen muss“. Das ergebe sich auch aus Gesprächen und Stellungnahmen bei einem Ortstermin des Petitionsausschusses im vorigen September in Meißen. Zwar seien die Planungen hinsichtlich des Umfangs, der Straßenbreite sowie der sich daraus ergebenden Vollsperrung der Straße während der Bauarbeiten nicht zu beanstanden – dennoch sieht der Petitionsausschuss die Stadt Meißen in der Pflicht.

So empfehle sich „eine gründliche Überprüfung, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Stadt Meißen vom Lkw-Durchgangsverkehr zu entlasten“. Damit reagiert der Ausschuss auf die in den Eingaben geäußerte Sorge um eine Zunahme des Schwerlastverkehrs durch Meißen, die sich auch aus der geplanten Erweiterung des Stahlwerkes in Riesa ergibt, was ein wachsendes Aufkommen an Schrotttransporten zur Folge hätte. Die Stadt sollte auf das Bundesamt für Güterverkehr und den Freistaat Sachsen zugehen, um eine Umleitung des Schwerlastverkehrs auf alternative Strecken, zum Beispiel auf die A 4, die A 14, die B 101 und die B 169 anzuregen, schlägt der Petitionsausschuss vor.

Dabei muss eine Lösung für das Problem gefunden werden, dass die Staatsstraße 177 im Gegensatz zu Autobahnen und Bundesstraßen nicht mautpflichtig ist. Ebenso geht es um Alternativen zu einer nicht nur von Anwohnern geforderten Tonnagebegrenzung, um den Schwerlastverkehr von dieser in und durch die Stadt führende Straße fernzuhalten. Der vorgesehene Ausbau der Straße mache eine Beschränkung ihres Gemeingebrauchs nach dem Sächsischen Straßengesetz hinfällig, so die Argumentation der Stadt.

Der Bericht räumt ein, dass in Meißen die durch den Schwerlastverkehr verursachten Gefahren und Belastungen der Akzeptanz des geplanten Bauvorhabens im Weg stehen. Deshalb sollte die Stadt ein Konzept zur Verkehrsentwicklung erarbeiten und aktualisieren. „Ein solches Konzept ist auch grundsätzlich für die Stadtplanung und für die Genehmigung von Bauprojekten entlang wichtiger Straßenachsen von Bedeutung“, so die Empfehlung aus dem Landtag.

- **Hier lesen Sie mehr lokale Nachrichten aus [Meißen](#) und [Radebeul](#).**

In einem weiteren Punkt fordert der Ausschuss, dass die Stadt geeignete Maßnahmen ergreifen bzw. anregen sollte, „um der Gefahrenlage in der Haarnadelkurve des Plossenanstieges zu begegnen.“ Dazu werde auch eine zeitnahe Umsetzung des im vorigen Sommer gefassten Stadtratsbeschlusses zu Immissionsmessungen empfohlen. Auf der Grundlage solcher Messungen kann die Stadt gesetzlich festgelegte Grenzwerte bei Schadstoffen und Schall durchsetzen – und zum Beispiel Fahrverbote verhängen.

Außerdem empfiehlt der Ausschuss, einer in diesem Zusammenhang anwachsenden Politik- und Demokratieverdrossenheit zügig „mit der [Durchführung einer von den Bürgerinnen und Bürgern durch Unterschriftensammlung geforderten Einwohnerversammlung](#)“ entgegenzutreten. Die Petitionen werden nun an die Staatsregierung überwiesen sowie der Stadt und dem Bundesamt für Güterverkehr zugeleitet. Auch wenn sie keine rechtlich bindende Wirkung haben, dürften sie aber einen gewissen Druck entfalten.

Der Petitionsausschuss des Landtages sendet ein deutliches Signal an die Verfasser der Eingaben sowie an die Kritiker des Plossen-Ausbaus – ebenso an die Stadtverwaltung. Denn das Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben ist noch im Gange. Laut dem Bericht ist „nicht vor dem IV. Quartal 2022“ mit einem Beschluss zu rechnen. Mit Ergebnissen der Einwohnerversammlung, Überlegungen zur Verkehrsorganisation, Messergebnissen und Absprachen mit dem Bundesamt für Güterverkehr könnte die Stadt noch Einfluss nehmen.

Nur noch eine Richtung

Im Stadtrat brachte Andreas Graff (Linke) in der vorigen Woche erneut zur Sprache, wie gefährlich es ist, wenn sich zwei Lkw in der engen Haarnadelkurve begegnen, was mehrfach am Tage geschehe. Wie Oberbürgermeister Olaf Raschke (parteilos) erklärte, werde die Stadt auf diesen Missstand, auf den Andreas Graff bereits vor einigen Tagen in einem Brief an das Rathaus aufmerksam gemacht hatte, reagieren: Nun soll der Lkw-Verkehr auf der Wilsdruffer Straße (S 177) bergwärts beschränkt werden. Das städtische Ordnungsamt sei angewiesen, eine entsprechende verkehrsrechtliche Anordnung umzusetzen – und dementsprechend Schilder aufzustellen, um die Straße bergauf für Laster zu sperren. Einen Termin, ab wann diese Anordnung in Kraft tritt, nannte er nicht.